

----- Nachricht -----

Betreff: Programmbeschwerde Hetze gegen die Spätaussiedler - Qualitätsjournalismus im Deutschlandfunk ein Fremdwort

Datum: Sun, 15 Mar 2015 12:38:22 +0100

Von: Gustav Wall

An: DRadio <Hoererservice@deutschlandradio.de>

--

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang meine Programmbeschwerde
Beschwerde_Hetze_gegen_Spaetaussiedler_im_Deutschlandfunk.pdf
mit der Bitte um Weiterleitung.

mit freundlichen Grüßen

Gustav Wall

<http://netzgemeinde-im-deutschlandfunk.sprechrn.de>

"Präsenz der Netzgemeinde im Deutschlandfunk"

Programmbeschwerde wegen Missachtung der „Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland“-Programmgrundsätze

Hier: Verstoß gegen § 11 des Staatsvertrags

Screenshot 1: Deutsche Staatsbürger kämpfen in der Ostukraine
erstellt am 16.03.2015, 05:30 Uhr

- http://www.deutschlandfunk.de/deutsche-staatsbuenger-kaempfen-in-der-ostukraine.264.de.html?drn:news_id=462334

The screenshot shows the website of Deutschlandfunk on Monday, March 16, 2015, at 05:28 AM. The main headline is "Deutsche Staatsbürger kämpfen in der Ostukraine". The article text is circled in red. Below the main article, there are two other news items: "Griechenland: Geld reicht offenbar nur noch bis Ende März" and "China: Volkskongress billigt höheren Verteidigungsetat". On the right side, there is a calendar for March and a section for "ZU DEN NACHRICHTEN".

Deutsche Staatsbürger kämpfen in der Ostukraine

Sonntag, 15. März 2015 07:00 Uhr

In der Ostukraine kämpfen einem Zeitungsbericht zufolge mehr als 100 deutsche Staatsbürger auf Seiten der pro-russischen Separatisten. Wie die Zeitung "Welt am Sonntag" berichtet, handelt es sich bei den meisten von ihnen um Russland-Deutsche. Etliche seien ehemalige Bundeswehrsoldaten. Nach Angaben des Blattes räumte das Innenministerium in Berlin ein, es gebe Hinweise auf einzelne Deutsche, die sich im von den Separatisten kontrollierten Gebiet aufgehalten hätten. Der ukrainische Botschafter sagte, er habe die Bundesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sich Deutsche nicht am Morden und Töten beteiligten.

Griechenland: Geld reicht offenbar nur noch bis Ende März

Die griechische Regierung befürchtet offenbar, dass ihr Ende März das Geld ausgeht. Wie die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" berichtet, äußerte sich Ministerpräsident Tsipras in dieser Weise gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Schulz. Demnach forderte Tsipras von der Europäischen Zentralbank, den Rahmen für kurzfristige Staatsanleihen um zwei bis drei Milliarden Euro zu erhöhen. Schulz habe Tsipras gedrängt, sich in einem Brief an die Euro-Gruppe unter anderem zu Privatisierungen und dem Aufbau eines Katasterwesens zu bekennen. Tsipras habe das in allgemeiner Form zugesagt. - Dem Bericht zufolge müssen die Griechen damit rechnen, dass die Regierung am Monatsende Renten und Gehälter von Staatsbediensteten nicht mehr voll auszahlen kann.

China: Volkskongress billigt höheren Verteidigungsetat

Der chinesische Volkskongress hat eine deutliche Steigerung der Militärausgaben gebilligt. Die knapp 3.000 Delegierten in Peking nahmen den Verteidigungsetat sowie den Rechenschaftsbericht von Ministerpräsident Li Keqiang mit großer Mehrheit an. In dem nicht frei gewählten Parlament gab es